

# Gärtner=Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der Blumen- und Kranzbindererei tätigen Personen.

Offizielles Organ des

Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin)

(seit dem 1. Januar 1904 mit der Deutschen Gärtner-Vereinigung vereinigt).

Mitglieder des Allg. Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

Erscheint  
wöchentlich jeden  
Sonntag.  
Jährlich  
52 Nummern.

Abonnements  
nehmen alle Post-  
anstalten entgegen.  
Preis vierteljährlich  
3.90 Mark.

Redaktion und Expedition:

Berlin N. 37, Metzger Strasse No. 3.

Eigentümer und Herausgeber:

Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.

Redaktionsschluss:

Jeden Dienstag Morgen.

## Kollegen, Mitglieder!

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit erfordert hohe Summen an Arbeitslosenunterstützung. Die Organisation der Buchbinder hat sich darum schon entschließen müssen, von den in Arbeit befindlichen Kollegen Extrasteuern zu erheben. Wir werden das letztere voraussichtlich nicht brauchen. Aber wir dürfen unsere Kasse auch nicht schwächen lassen, weil wir, außer für Arbeitslosenunterstützung, auch für Kampfzwecke dringend Gelder bedürfen. An die in Arbeit befindlichen Mitglieder ergeht darum die Mahnung: **Zahlt Eure Beiträge pünktlich!** Dann bleiben wir leistungs- und kampffähig. — Arbeitslose brauchen während der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit keine Beiträge entrichten, sie lassen die Wochenfelder in ihrer Karte bzw. ihrem Buche mit kostenlosen Marken „Arbeitslos“ bekleben und halten damit ihre Mitgliedschaft ununterbrochen aufrecht.

## Die Wirtschaftskrise.

### 4. Weitere Wirkungen der Krise.

Im zweiten und dritten Kapitel unsrer Darlegungen haben wir uns bezüglich der Krisenwirkung im wesentlichen mit der Arbeitslosenziffer beschäftigt. Wir sahen, daß in England zurzeit rund 15 Prozent der Lohnarbeiterschaft gänzlich arbeitslos sind, wodurch rund 7 1/2 Millionen Menschen in diesem reichen Lande kein Einkommen haben, Hunger leiden, im Elend leben müssen und teilweise dem Siechtum verfallen, ja indirekt dem Hungertode überliefert werden. In Deutschland ist die Ziffer nur 3 bis 5 Prozent oder 1 1/4 bis 2 Millionen.

Das sind jedoch nur die gänzlich Arbeitslosen. Um die Arbeitslosigkeit in ihrem ganzen Umfange zu erfassen, müßte man im besonderen auch feststellen, wieviel Arbeiter außerdem noch bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigt werden. Die Erfahrungen aus früheren Krisen haben nämlich eine beachtenswerte Anzahl Unternehmer bestimmt, sofern sich das in ihren Betrieben technisch einrichten ließ, anstatt Ganz-Entlassungen vorzunehmen, ihre Arbeiter mit Einlegung von „Feierschichten“ weiterzubeschäftigen, sei es durch eine tägliche Arbeitszeitverkürzung, oder sei es durch tageweises Aussetzenlassen mit Schichtwechsel, oder sei es durch gänzlich Ruhe lassen des Betriebes an gewissen Tagen der Woche, zum Beispiel Sonntags und Montags, oder auch ganze Wochen. Durch solche Maßnahmen erfolgt äußerlich eine gewisse Abmilderung der Arbeitslosigkeit bzw. eine Beschränkung der Arbeitslosenziffer. Aber die mit verkürzter Arbeitszeit Arbeitenden erhalten auch einen dementsprechend gekürzten Lohn, da ja nur die geleisteten Arbeitsstunden bezahlt werden. Und sie müssen noch recht zufrieden sein, wenn nicht gleichzeitig auch der Stundenlohn als solcher mit gekürzt wird! In sehr vielen Fällen ist eine allgemeine Lohnherabsetzung faktisch erfolgt.

Als in Amerika im Herbst 1907 die großen Industriekrisen das amerikanische Wirtschaftsleben so stark erschüttert hatten und dort die Arbeitslosigkeit hervorriefen, entstand alsbald eine fast fluchtartige Rückwanderung großer

Massen von Arbeitern, die vordem ihrer europäischen Heimat den Rücken gekehrt hatten. Dazu gesellte sich die Verminderung der sonst regelmäßigen Auswanderung aus den europäischen Ländern. Diese Rückwanderung und die Auswanderungsverminderung hatten in Deutschland eine beachtliche Belastung des Arbeitsmarktes zur Folge, und es ist hierdurch die Krisenwirkung nicht unmerklich verschlimmert worden.

Die deutsche Landwirtschaft, die sonst immer über Arbeitermangel klagt, hatte dieses Jahr mehr Arbeiter zur Verfügung wie sie beschäftigen konnte. Und auch der schon lange als chronisch bestehende Zustand des „Dienstbotenmangels“ ist bei der gegenwärtigen Krise in Deutschland verschwunden und hat vielen Orts einem Dienstbotenüberfluß Platz gemacht, wie Anfang November die Tageszeitungen berichtet haben. Woher wohl dieses? Dienstboten halten sich doch nur die besser situierten Volkskreise. Nun, die Kapitalisten, die nur vom Mehrwert leben, werden eine Einschränkung der Zahl ihres Hauspersonals kaum vorgenommen haben. Wohl aber ist mit Sicherheit anzunehmen, daß solches bei den bürgerlichen Mittelschichten vielfach geschehen ist, und zwar vonseiten der kleinen Handwerker und Kleingewerbetreibenden, die vor allem auf die Arbeiterkundschaft angewiesen sind; viele dieser Schichten bemühen sich, während der Krise ohne Dienstmädchen auszukommen. Die weiteren Entlassungen von Dienstmädchen dürften im Haushalt der mittleren und kleinen Beamten stattgefunden haben, hervorgehend aus der allgemeinen Lebensmittelverteuerung, die mit der gegenwärtigen Krise grade zusammenfällt. —

Die allgemeinen Schrecken, die durch das wirtschaftliche Elend hervorgerufen werden; bedürfen hier keiner besonderen Schilderung; täglich können wir darüber persönlich Beobachtungen anstellen, und täglich wird durch gewisse typische Erscheinungen die Lage blitzartig erleuchtet, daß auch die Wohlhabenden gelegentlich Blicke in dieses Grauen tun können. Wir zitierten am Schlusse des vorigen Kapitels einen Brief eines englischen Pfarrers, der als solch ein Blitzlicht bezeichnet werden

kann. Aber nicht alle, die vor dem Hungertode stehen, sind so ergebungsvoll, seinen Eintritt abzuwarten. Wir gewahren eine beachtliche Zunahme der Selbstmorde, wiederholt wählen Familienväter aus Verzweiflung den Freitod und nehmen ihre Angehörigen, um sie aus dem Elend herauszureißen, mit sich in den Tod. Selbst kapitalistische Blätter können derartige Nachrichten nicht immer unterdrücken, wenn sie solche ihren Lesern auch möglichst schonend zur Kenntnis geben, etwa unter der einfachen Mitteilung: „Aus Nahrungssorgen erhängte, ertränkte, vergiftete sich der und der.“ Und es mehren sich in erschrecklicher Fülle die Eigentumsvergehen, vielfach sogar nur deswegen, damit die „Verbrecher“ im Gefängnis Unterkunft finden und damit das Leben erhalten. —

Und die Wirkung auf die kapitalistische Entwicklung der Volkswirtschaft? Saugt das Großkapital und der kapitalistische Großbetrieb schon regelmäßig massenhaft die Klein- und Mittelbetriebe auf, so bewirkt die Krise eine noch intensivere, zahlreichere Zerstörung der Existenzen. Auch Großbetriebe fallen natürlich der Vernichtung anheim — zugunsten der verbleibenden, die bei anziehender Konjunktur sich dann auf Kosten der vernichteten Betriebe noch weiter vergrößern können, weil ihnen der Vernichteten Absatzmarkt mit zugefallen ist.

### 5. Abmilderung und Überwindung der Krise.

An eine vollständige Beseitigung der modernen Wirtschaftskrisen und deren Begleiterscheinungen ist nicht zu denken, solange die privatkapitalistische Produktionsweise das herrschende Prinzip der Volkswirtschaft bildet. Den erwähnten Betriebsvernichtungen kann überhaupt nicht mit Erfolg entgegengewirkt werden, sondern diese Vernichtungen nehmen notgedrungen ständig zu und damit der kapitalistische Großbetrieb auf der einen Seite und die Masse der Besitzlosen auf der andern Seite. Das ist ein laufender Entwicklungsprozeß, der in Krisenzeiten sich bloß stärker und teils katastrophenartig äußert. Hier muß man der Entwicklung einfach ihren Lauf lassen und daraus seine volkswirtschaftlich-politischen Schlußfolgerungen ziehen.

Anders hinsichtlich der Arbeitslosigkeit, diese und deren Wirkungen lassen sich abmildern. Die eine Art der Abmilderung lernten wir schon kennen in den Feierschichten, die in Betrieben eingeführt werden können, deren Technik solches erlaubt, ohne dem Unternehmer besondere finanzielle Opfer aufzuerlegen. Weitere Mittel sind Notstandsarbeiten und Arbeitslosenunterstützung. Um diese beiden Mittel aber planmäßig und durchgreifend in Anwendung zu bringen, ist es notwendig, eine regelmäßig laufende Übersicht über den Arbeitsmarkt und einen Mechanismus zu schaffen, der die Vermittlung von Arbeitsgelegenheit besorgt. Das heißt es muß eine das ganze Reich und alle Berufe umfassende Arbeitsnachweis-Organisation geschaffen und in gleichem Umfange eine Einrichtung ins Leben gerufen werden, durch die es möglich ist, ständig die Arbeitslosen festzustellen, also eine Reichs-Arbeitslosenstatistik. Der Arbeitsnachweis wird alle vorhandene Arbeitsgelegenheit mit Arbeitskräften versorgen, und dem verbleibenden Überschuss hat die Allgemeinheit die Existenz zu garantieren. Da es volkswirtschaftlich von Nutzen ist, alle Arbeitskräfte Werte-schaffend zu benutzen, und da es im Interesse auch jedes einzelnen Arbeiters und seiner Familie liegt, nicht zu feiern, sondern seine Arbeitskraft Werte-schaffend anzuwenden, so erwächst der gesellschaftlichen Gesamtheit die Pflicht, für die in der Privatindustrie Überflüssigen Arbeit in ihren (der Gesellschaft gehörenden) Betrieben zu schaffen und nötigenfalls solche Betriebe (als Eigentum des Reichs, des Staats, der Gemeinden) neu einzurichten.

Natürlich können bzw. sollen Reich, Staat und Gemeinde solche Arbeiten nur als Notstandsarbeiten verrichten lassen, das heißt diese für Staats- und Gemeindefürsorge auszuführenden Arbeiten, die sich zurzeit in der Hauptsache auf Verkehrs- (Wege-, Straßen-, Eisenbahn-, Kanal-) bauten erstrecken können, sind in Krisenzeiten in stärkerem Umfange in Angriff zu nehmen wie sonst. Nicht etwa sollen für eine Krisenzeit Betriebe eingerichtet werden, die in den Zeiten besseren Geschäftsganges ihre Tätigkeit wieder einstellen, das wäre unwirtschaftlich. Auch dürfen natürlich keine Arbeiten verrichtet werden, die keine Werte schaffen. Sehen wir uns daraufhin einerseits die Betriebe, die heute Eigentum des Reichs, des Staates, der Gemeinden sind, an und betrachten wir andererseits das Heer der Arbeitslosen, so finden wir sogleich, daß zahlreiche Berufe beteiligt sind, für die weder das Reich, noch der Staat, noch die Gemeinden in der Lage sind, in ihren Betrieben Berufsarbeiten zu bieten, wir brauchen da z. B. nur an die graphischen Berufe denken, dann an die kaufmännischen. Für die Notstandsarbeiten können also fast ausschließlich die sogenannten ungelerten und Bauarbeiter in Frage kommen. Alle andern Arbeitslosen müssen mit Barmitteln unterstützt werden. Es muß also eine Arbeitslosenversicherung und zwar eine Reichs-Arbeitslosenversicherung geschaffen werden.

Alle die eben genannten Einrichtungen sind heute erst in den Anfängen vorhanden. Die Arbeitsnachweise sind in Zahl und Umfang durchaus unzureichend und in ihrer Zersplitterung und Vielartigkeit nicht zweckdienlich. Aber

sie bilden eben einen Anfang und haben zurzeit als Notbehelfe zu dienen. Das Gleiche ist von der Arbeitslosenstatistik zu sagen. Und Notstandsarbeiten kommen gegenwärtig erstmals in größerem Umfange zur Anwendung, doch ist man auch hier noch nicht dazu geschritten, diese regelmäßig ohne weiteres vornehmen zu lassen. Was bisher geschehen ist, erfolgte allenthalben erst infolge unausgesetzten Forderns und Drängens vonseiten der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Und die Arbeitslosenunterstützung? Ja, da sieht es noch am jämmerlichsten aus. Da hat sich die Allgemeinheit bisher nur insoweit interessiert, daß sie — Armenunterstützung gewährt, das heißt diejenigen mit einigen Bettelpennigen aus der Gemeindefürsorge unterstützt, die garnichts mehr ihr Eigen nennen. An einigen Orten hat man noch gelegentliche „Schulspeisungen armer Kinder“ eingeführt, und nur erst in kaum einem halben Dutzend Orte haben Gemeinden einen Versuch mit durchaus unzulänglichen Mitteln gemacht. An einem Orte, in Straßburg i. E., hat man die Sache schon tiefer angefaßt, aber auch nur erst hier.

Eine geordnete Arbeitslosenunterstützung haben lediglich erst die Gewerkschaften für ihre Mitglieder eingeführt. Und die Gewerkschaften sind vielleicht auch die geeignetsten Träger einer allgemeinen Reichsarbeitslosenversicherung. Bis solche kommen wird, werden Gemeinden und event. Einzelstaaten die Sache in Angriff zu nehmen haben; Gemeinden am besten wohl nach dem sogen. „Genter System“, das heißt, indem sie den Arbeitslosenunterstützung zahlenden Gewerkschaften aus Gemeindegeldern prozentuelle Zuschüsse überweisen.

## Feuilleton.

### Zeit-Bilder.

Nachfolgende Situationsbilder sind verschiedenen Tageszeitungen entnommen, wie solche uns im Augenblick grade in die Hände fielen.

— Überfluß — aus Not. Die „Baugewerks-Zeitung“ entwirft von der Lage im Baugewerbe folgendes Bild:

„Wenig Arbeit und teures Geld. Das etwa ist die Signatur der gegenwärtigen Zeit. Hypotheken, selbst gute, sind schwer und dann auch nur gegen hohe Zinssätze und Provision zu haben. Dabei ist in Berlin und den Vororten Überfluß an Wohnungen, obgleich die Bautätigkeit schon seit zwei Jahren erheblich nachgelassen hat. Es schränkt sich beim Wohnungsmieten eben jeder ein. So wird durch notwendige Einschränkung ein Überfluß an Wohnungen geschaffen. . . . Die Steuern, welche das Reich und Preußen erheben wollen, um wieder geordnete Verhältnisse in ihren Säcken zu bringen und die Beamtengehälter aufzubessern, die bevorstehenden Anleihen, die politische Unsicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Depression sind nicht geeignet, uns mit Hoffnung in die nächste Zukunft schauen zu lassen.

So wird der Winter unserm erwerbenden Mittelstande und den Arbeitern viele Arbeitslosigkeit bringen.“

Eine schärfere Kritik der bestehenden Verhältnisse als die Konstatierung, daß des Volkes Not einen Überfluß an Wohnungen schafft, kann es garnicht geben. Tausende Familien müssen ihren Wohnungsbedarf einschränken, sie steigern dadurch die Krankheits- und Sterbeziffern, und Wohnungen stehen leer.

— Das tägliche Brot. Roggen und Weizen sind unsre Hauptnahrungsmittel. Um wieviel diese seit fünf Jahren im Preise gestiegen sind, zeigt folgendes Beispiel. Nach den Preiszusammenstellungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin kosteten im Großhandel 1000 Kilogramm (Monat September)

	1903	1903	Steigerung
Roggen	130,61 Mk.	176,47 Mk.;	35 Proz.
Weizen	158,77 „	206,46 „ ;	30 „

Die Brotpreise veranschaulichen diese Ziffern:

	1903	1903	Steigerung
pro 1 Kilogramm in Pfennigen			
Roggenbrot	23,68 Pfg.	30,61 Pfg.;	29 Proz.
Weizenbrot	41,77 „	52,46 „ ;	26 „

— Der Monat Oktober hat, im Gegensatz zum Vorjahre eine Verteuerung der Haushaltskosten statt einer Verbilligung gebracht. Im September noch war nach der Berechnung des Kostenaufwands für den wöchentlichen Familienbedarf an Nahrungsmitteln die Standardziffer im Durchschnitt von sieben deutschen Großstädten niedriger als im Vorjahre, im Oktober wurde das Niveau des Vorjahres wieder überschritten. Scharf in die Höhe gegangen sind die Lebensmittelpreise zum Beispiel in Danzig. Während im Vorjahre die Standardziffer von 22,42 im September auf 22,18 M. sank, ist sie im laufenden Jahre von 23,11 im September auf 23,70 M. im Oktober gestiegen. Fast ebenso scharf wie in Danzig haben die Detailpreise in Stuttgart angezogen: der Kostenaufwand für die Ernährung stellte sich im Oktober auf 23,05 M. pro Woche gegen 22,56 im September. In Dresden trat im laufenden Jahre eine Steigerung ein, sodaß die Kosten der Ernährung höher stehen als 1907. Ähnlich verlief die Bewegung in Leipzig, wo namentlich der Schweinefleischpreis wieder nach oben ging: er stieg von 1,30 M. für das Kilogramm im September auf 1,40 im Oktober. Für Düsseldorf brachte schon der September eine ganz ausnahmsweise Steigerung der wöchentlichen Ernährungskosten, nämlich von 23,91 auf 25,11 M. pro Woche.

— Berlin. Das Los des alten Arbeiters. Auf der Straße gestorben ist ein 54 Jahre alter Arbeiter Hermann Franke, dessen Wohnung noch nicht zu ermitteln war. Eine Schutzmannspatrouille des 23. Reviers fand ihn vorgestern spät abends vor dem Hause Weberstraße No. 4 auf dem Bürgersteig liegen. Die Beamten glaubten, er schlafe, erkannten aber bald, daß er besinnungslos war, und brachten ihn mit einer Droschke nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Als man dort ankam, war der Mann tot. Äußere Verletzungen sind an der Leiche nicht sichtbar. 26. 10. 08.

— Berlin. Ein Opfer der Arbeitslosigkeit. Bittere Not hat den 60 Jahre alten Hobler Robert Günzel aus der Barnimstraße 36 dazu getrieben, zum zweiten Male Gift zu nehmen. Der

betagte Mann, dem Hauswirt und Nachbarschaft das beste Zeugnis geben, ist seit einem halben Jahr arbeitslos. Vergeblich bemühte er sich jeden Tag um irgendwelche Beschäftigung. Vor zwei Monaten schon packte ihn einmal die Verzweiflung, sodaß er Lysol trank. Hausgenossen fanden ihn hilflos auf dem Trockenboden liegen und brachten ihn nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Nach 14 Tagen war er wieder hergestellt und nahm den Kampf ums Dasein von neuem auf. Seine Lage verschlimmerte sich, als seine augenleidende Frau, die auch schon 58 Jahre zählt, vor vier Wochen auf dem Wege zur Klinik die Treppe hinunterfiel und sich die rechte Hüfte verstauchte. Das einzige Kind, eine 24 Jahre alte Tochter, unterstützt die Eltern nach Kräften, kann aber allein die Not nicht bannen. Vor drei Wochen bewilligte die Armen-direktion den Leuten eine einmalige Unterstützung von 50 Mark. Die Notleidenden benutzten sie dazu, die dringendsten Schulden zu tilgen, „Dem-nächst“ sollten sie eine laufende Beihilfe erhalten. Aber auch diese Aussicht konnte den Mut des alten Mannes nicht wieder beleben. Nachdem er neuerdings wieder den ganzen Tag ohne Erfolg Arbeit gesucht hatte, ging er nach dem Tiergarten, setzte sich in der Nähe des Brandenburger Tores auf eine Bank und trank abermals Lysol, um seinem Leben ein Ende zu machen. Ein Schutzmann, der ihn auffand, brachte ihn nach der Charité.

„Das Reich“, Okt. 08.

— Berlin. Aus Furcht vor dem Elend. Weil ihm seine Arbeitsstelle gekündigt worden ist, hat sich der 20jährige Mechaniker Max Wurr aus der Fontanestraße 43 erschossen. Der junge Mann war in einem hiesigen Betriebe in der Badstraße tätig gewesen, und vor einigen Tagen wurde ihm das Arbeitsbuch ausgehändigt. Arbeitslos wanderte er nun von einer Fabrik zur andern, aber vergeblich sprach er überall vor. In der Verzweiflung griff der Ärmste zum Revolver. Auf dem Felde in der Kopenhagener Straße jagte er sich eine Revolverkugel in die Schläfe und war sofort tot.

Berl. Allg. Ztg., 16. 11. 08.

— Rixdorf. Krankheit und Nahrungs-sorgen haben den 65 Jahre alten Arbeiter Friedrich Wolf aus der Wißmannstraße 15 zu Rixdorf in den Tod getrieben. Wolf, der bei seinem verheirateten Sohn wohnte, litt seit langer Zeit an Atem-not, die ihn schon zwei Monate lang arbeitsunfähig

Das sind die im Rahmen der privatkapitalistischen Produktionsweise möglichen Krisen-Abmilderungsmittel. Im übrigen muß man sich „in Geduld fassen“ und die weitere „Gesundung des Organismus der Volkswirtschaft“ abwarten.

Und wie geht die Überwindung der Krisis vorsich? Durch den Abfluß der aufgespeicherten Waren natürlich. Natürlich! Da die große Volksmasse (die Schichten der Lohnarbeiterschaft sowohl wie auch die Schichten des Mittelstandes) während der Krise aber ihren Lebensmittelverbrauch einschränken muß, stockt der Abfluß um so mehr. Demgemäß ist die Volkswirtschaft zum großen Teil auf die Verschwendung der Kulturgüter durch die Kapitalistenklasse angewiesen, eventuell auf eine gesteigerte Verschwendung durch diese „nützlichen“ Glieder der Gesellschaft. Das Massenelend auf der einen Seite wird in der privatkapitalistischen Gesellschaft gemildert durch die Überkultur und Verschwendung auf der Seite weniger Besitzenden. So will es eben diese Ordnung, die der Krisen bedarf, um die für eine neue Kultur kämpfende Arbeiterschaft in ihrer Kampfesenergie zu schwächen und von eroberten Positionen wieder zurückzuwerfen. (Ein Schlußartikel folgt.)

## Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907.

### II.

#### Die Angriffstreiks.

Im vorigen Abschnitt dieses Berichtes wurde bereits auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß das Ergebnis der Kämpfe für die Arbeiter ungünstiger ist als im Jahre 1906. An diesem ungünsti-

geren Ergebnis haben die Angriffstreiks einen erheblichen Anteil. Von 1635 geführten Angriffstreiks endeten 830 = 51,7 Proz. mit vollem Erfolg (1906: 55,7 Proz.), 472 Kämpfe = 29,4 Proz. hatten einen teilweisen Erfolg (1906: 26,7 Proz.) und 257 Kämpfe = 16 Proz. waren erfolglos (1906: 15,9 Prozent). Am Schlusse des Jahres waren nicht beendet 30 Streiks, und von 46 Streiks blieb das Resultat unbekannt. An den Angriffstreiks waren beteiligt 131427 männliche, 11517 weibliche, zusammen 142944 Personen. Von den Beteiligten hatten vollen Erfolg 51344 = 35,9 Proz. und teilweisen Erfolg 53006 = 37,1 Proz. Von den Streiks um Lohnerhöhung endeten 53,4 Proz. mit vollem Erfolg und hatten daran 35,3 Proz. Personen Anteil. Bei den Streiks um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung ist das prozentuale Verhältnis der mit vollem Erfolg beendeten Streiks zwar geringer — 49,4 Proz. —, dagegen der Prozentsatz der an dem vollen Erfolg Beteiligten höher — 38,8 Proz. — als bei den Streiks um Lohnerhöhungen. Am ungünstigsten ist das prozentuale Verhältnis bei den Streiks um Verkürzung der Arbeitszeit. Von diesen Streiks endeten nur 42,9 Proz. mit vollem Erfolg und hatten daran 13,6 Proz. der Beteiligten Anteil.

Steht das Ergebnis der Angriffstreiks von 1907 auch hinter dem des Jahres 1906 zurück, so überträgt es immerhin noch das Jahr 1905, nur das Verhältnis der mit vollem Erfolg beendeten Streiks ist ungünstiger, dagegen ist der Prozentsatz der am vollen Erfolg beteiligten Personen ein höherer.

Die Gesamtausgabe für die Angriffstreiks beträgt 5082221 Mk. Für 138030 an den Angriffstreiks beteiligten Personen konnte der Verlust an Arbeitszeit und der Ausfall des Verdienstes festgestellt werden. Es beträgt der Verlust an Arbeitszeit, insgesamt für männliche und weibliche Streikende, 2277432 Tage; der Verlust des Arbeitsverdienstes 8447284 Mk. Vom Jahre 1900—1907 wurden insgesamt 7424 Angriffstreiks mit 937334 Beteiligten geführt, darunter waren: 176 Streiks mit 14141 Beteiligten um Verkürzung der Arbeitszeit; um Lohnerhöhung fanden statt 3627 Streiks mit 859034 Beteiligten, und bei 2936 Streiks mit 566511 Beteiligten wurde um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung gestritten.

#### Die Abwehrstreiks.

Die mehr oder weniger günstigen Resultate bei Abwehrstreiks können nicht, wie bei den Angriffstreiks, von dem Standpunkt der positiven Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beurteilt werden. Handelt es sich doch bei den Abwehrstreiks um das äußerste Mittel der Arbeiter, von den Unternehmern ihnen zugemutete Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzuwehren. Es können deshalb bei den Abwehrstreiks die günstigsten Resultate für die Arbeiter nur im bedingten Sinne als Erfolge angesprochen werden. In 834 Fällen mußte die Arbeiterschaft im Jahre 1907 zu dem Kampf als äußerstes Mittel der Abwehr greifen. An diesen Kämpfen waren 33348 Personen beteiligt. Von diesen Kämpfen endeten 412 = 51,6 Proz. mit vollem Erfolg, woran 16455 Personen = 49,3 Prozent beteiligt waren. Für diese Zahl Beteiligter konnten also die zugemuteten Verschlechterungen durch das Mittel der Arbeitsniederlegung vollständig zurückgewiesen werden. 106 Kämpfe = 13,3 Proz. mit 5466 = 16,4 Proz. Beteiligter endeten dagegen nur mit einem teilweisen Erfolg, trotz des äußersten Mittels der Gegenwehr war es bei diesen Kämpfen nicht gelungen, die Verschlechterungen vollständig abzuwehren. Völlig erfolglos endeten 266 Kämpfe = 33,3 Proz. Von 15 Streiks blieb das Resultat unbekannt, und 35 Streiks waren am Schluß des Berichtsjahres noch nicht beendet.

Am häufigsten mußte gegen Lohnreduzierungen gekämpft werden, und zwar in 253 Fällen, an denen 11329 Personen beteiligt waren. Mit vollem Erfolg endeten davon 130 Kämpfe = 53,7 Prozent und 7116 Beteiligten = 62,8 Proz. In 220 Fällen mußte die Arbeiterschaft gegen versuchte Maßregelungen kämpfen. Von diesen Streiks endeten 99 = 45,8 Proz. mit vollem und 25 = 11,6 Prozent mit teilweisem Erfolg.

Wegen Nichtinnehaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen entbrannten 170 Kämpfe, an denen 5095 Personen beteiligt waren. 103 Kämpfe = 66 Proz. wurden mit vollem und 19 Kämpfe = 12,2 Proz. mit teilweisem Erfolge beendet. Von den Beteiligten hatten 2367 = 46,5 Proz. vollen und 1731 = 34 Proz. teilweisen Erfolg.

machte. Dieses Leiden und die Sorge um die Zukunft veranlaßten ihn, sich in der Nacht zum Sonntag am Bettpfosten zu erhängen. Als sein Sohn ihn gestern morgen fand, war er tot.

Berl. Allg. Ztg., 16. 11. 08.

— Brandenburg. Proletarierehend und bürgerliche Justiz. Vor der Brandenburger Strafkammer (Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Korschel-Potsdam) hatte sich am Dienstag der Gelegenheitsarbeiter Kannewurf wegen Rückfall-Diebstahls zu verantworten. Der Angeklagte war — weil er Hunger hatte — über den Zaun einer Abdeckerei geklettert, um von dort einen Hund zu stehlen, den er nachher auf der Landstraße abschaltete. Er wurde dabei vom Besitzer überrascht und der Polizei übergeben. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Zuchthaus; das Gericht ging über das gesetzliche Mindestmaß von 1 Jahr Gefängnis hinaus und erkannte auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis! 21. 10. 08.

— Ein Elendsbild, wie man es sich zur Illustration der Not in den schlesischen Industriebezirken grade jetzt zu Anfang der rauhesten Jahreszeit nicht eindringlicher wünschen kann, um das heuchlerische Gerede von der göttlichen Weltordnung gründlich ad absurdum zu führen, entwirft ein Leser der „Zeit am Montag“. Der Mann hatte in diesem Monat eine militärische Übung zu absolvieren und mußte es sich aus pekuniären Gründen mit vielen Kameraden an der Kommiskost genügen lassen. Der Gewährsmann erzählt im Anschluß hieran folgendes:

Die Speisereste, die von den Soldaten gewöhnlich in die auf dem Kasernenhof stehenden Tranktonnen geschüttet werden, um als Schweinefutter Verwendung zu finden, wurden dort, im Barackenlager zu Lerchenberg bei Glogau, von den Kindern der armen Bevölkerung in Blechkannen gesammelt, um der zahlreichen Familie als Nahrung zu dienen. Man muß die zerlumpte, kaum vierjährigen Kinder gesehen haben! Schon lange vor der Ausgabe harrten sie auf die Abfälle der Speisen, und nicht selten sah man es, daß sie einen Teil davon gierig schon auf dem Platze verzehrten. Wie ich durch Umfragen erfahren habe, erhalten dort Familienväter oft einen Wochenlohn von 9 Mark.

Diese Greuel spielen sich in denselben Bezirken ab, in denen millionenschwere Magnaten — darunter nicht zuletzt der verflissene Reichstags-

präsident Graf Ballestrem — bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit mit ihrem Christentum und ihrem kulturfördernden Wirken prunken!

26. 10. 08.

— London, 17. November. Die gestern erschienene „Labour Gazette“ gibt die Lage des Arbeitsmarktes zu Ende Oktober. Es berichteten 257 Gewerkschaften, die 591053 Mitglieder haben; davon waren 56200 oder 9,5 Proz. arbeitslos. An Lohnänderungen waren 72000 Arbeiter beteiligt; davon erhielten 65000 eine Lohnherabsetzung; das Gesamtergebnis der Lohnänderungen war eine Lohnabnahme von 30000 M. pro Woche.

— England. Der herrschende Liberalismus weiß nichts zu tun, kann nach seiner ganzen Staatsauffassung auch nichts tun. Einzelne seiner jüngeren Führer meinen allerdings, daß neue Bahnen eingeschlagen werden müßten. So erklärte dieser Tage in Dundee der Handelsminister Winston Churchill, daß der Staat eine Verantwortlichkeit für die Existenzmöglichkeit seiner Bürger habe. „Ich weiß nicht“, sagte er, „ob diese Verantwortung in allen Ländern und Zeiten aufrecht zu erhalten wäre, aber das sage ich: hier und jetzt in diesem reichen Lande und diesem wissenschaftlichen Zeitalter existiert sie, sie wird nicht erfüllt, sollte erfüllt werden und wird erfüllt werden müssen. Die soziale Maschinerie an der Basis unsres industriellen Lebens ist mangelhaft, schlecht organisiert und unvollständig. Während eine große Zahl Personen sich großen Reichtums erfreuen . . . ist eine zahlreiche Minorität vorhanden, deren Lage eine Schmach für eine wissenschaftliche und sich christlich nennende Zivilisation ist und eine schwere und wachsende Gefahr für den Staat darstellt.“ Der Handelsminister sprach dann von der großen Masse derer, die immer nur gelegentlich Arbeit finden. „Dieser arme Mann, diese schreckliche und erschütternde Figur ist als Klasse nicht das Resultat eines Unglücks oder Zufalls, nein, der „Zufallsarbeiter“ ist da, weil er gewünscht wird, er ist da als die Folge ökonomischer Ursachen, die zu lange unreguliert geblieben sind.“

Aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

In einem Artikel des „Royal“ erzählt J. Shepstone von allerlei exzentrischen Festlichkeiten reicher Leute

und beschreibt dabei auch ein „Gondel-Diner“, das in London stattfand. Eines Nachmittags um 4 Uhr kam ein Herr zu dem Direktor des Savoyhotels und sagte, er möchte am nächsten Abend einigen seiner Freunde ein kleines Essen geben; es müßte aber etwas ganz Außergewöhnliches, Originelles sein, ein Diner in einem Ballon oder so etwas. Der Direktor dachte eine Weile nach und schlug dann, nachdem er die Möglichkeit eines solchen Planes erwogen hatte, seinem Auftraggeber ein Gondel-Diner vor, bei dem die Speisenden in einer wirklichen Gondel bedient werden sollten, umgeben von einer ganz venetianischen Szenerie mit wirklichem Wasser und mit Schwänen, die sich auf den Wellen wiegten. Der Vorschlag wurde angenommen und das Diner für präzise 8 Uhr abends am folgenden Tage angesetzt. Der große Hof des Savoyhotels wurde nun der Schauplatz einer fieberhaft erregten Tätigkeit. Ingenieure leiteten Wasser hinein und ließen die Flut bis zu einer Höhe von 3 Fuß ansteigen. Eine Anzahl leichter Gondeln wurde hastig erbaut, die Kellner wurden in venezianische Nationalkostüme gesteckt und erhielten Unterricht in der Kunst, die leichten Schiffe zu steuern und dabei alle Eleganz des Servierens anzuwenden. Das Menu wies natürlich alle Feinens und Kostbarkeiten auf, die Küche und Keller spenden konnten. Um Mittag des nächsten Tages war der Hof in ein reizendes Stück Venedig verwandelt, wie herausgeschnitten aus dem großen Kanal und seiner Umgebung. Der bekannte blaue Himmel Italiens lachte in schönster Nachahmung von oben herab und geschickte Dekorationsmaler hatten ein blendendes Panorama entworfen, das alle Schönheiten der Königin an der Adria wiederstrahlte. Bevor noch die Arbeiter mit der elektrischen Lichtanlage fertig waren, begannen die Blumendekorateure ihr Werk. Man hatte Nelken zum Schmuck ausersehen, nichts als Nelken; in allen Blumenläden wurden sie aufgekauft und stiegen bald im Preise, da man immer mehr brauchte. So wurden allein für die Blumen 1700 Mark ausgegeben. Um 8 Uhr abends erschien Mr. George Kellner, der das Diner bestellt hatte, mit seinen Freunden, und sie dinierten in einer schwankenden Gondel unter einem Baldachin von Nelken. Alles klappte vorzüglich. Die Rechnung, die dem splendiden Gastgeber nachher überreicht wurde, belief sich auf 100 000 Mark. Es ist dasselbe London, in dem jetzt ganze Armeen Arbeitsloser nach Brot und Arbeit schreien. 26. 10. 08.

In 25 Fällen war die Ursache der Streiks schlechte Behandlung der Arbeiter. Von diesen Streiks endeten 13 = 52 Proz. mit vollem und 5 Streiks = 20 Proz. mit teilweisem Erfolg. Diese Streiks weisen die geringste Beteiligungsziffer auf. In 21 Fällen bildete der von Unternehmern verlangte Austritt aus der Organisation die Ursache von Kämpfen. An diesen waren 726 Personen beteiligt. Von diesen Streiks endeten 7 = 33,3 Proz., woran 298 Personen beteiligt waren, mit vollem Erfolg und 3 Streiks = 14,4 Proz., mit 167 Beteiligten, = 23 Proz. mit einem teilweisen Erfolg.

Die geringste Zahl der Streiks — 14 — wurde geführt wegen Einführung einer Fabrikordnung. Von diesen Streiks endeten 8 = 65,5 Prozent mit einem vollen und 3 Streiks = 23,1 Prozent mit einem teilweisen Erfolg. Aus anderen Ursachen entstanden 108 Streiks mit 4203 daran beteiligten Personen. Von diesen Streiks endeten 40 = 38,1 Proz. mit vollem und 16 Streiks = 15,2 Proz. mit teilweisem Erfolg. Von den beteiligten Personen hatten 1877 = 44,7 Proz. vollen und 777 = 18,5 Proz. teilweisen Erfolg.

Das Resultat des Jahres 1907 steht in der Anzahl der mit vollem Erfolg beendeten Kämpfe hinter den Vorjahren zurück, dagegen ist der Prozentsatz der am vollen Erfolg partizipierenden Personen höher als 1906. Das gleiche Verhältnis trifft auch zu für die Beteiligten, welche durch die Kämpfe einen teilweisen Erfolg zu verzeichnen hatten.

Die Gesamtausgabe für die Abwehrstreiks beträgt 1134782 Mk. Für 32426 Beteiligte konnte der Verlust an Arbeitszeit und Verdienstaussfall festgestellt werden. Der Verlust an Arbeitszeit betrug 470263 Tage, der Verdienstaussfall 1907692 Mk. Vom Jahre 1900—1907 wurden insgesamt 5090 Abwehrstreiks geführt und waren daran 196011 Personen beteiligt. Von diesen gesamten Streiks endeten 2575 = 52,2 Proz. mit vollen und 672 = 13,6 Proz. mit teilweisem Erfolg. Von den an diesen Kämpfen beteiligten Personen hatten 92248 = 47,1 Proz. vollen und 32797 = 16,7 Proz. teilweisen Erfolg.

### III.

#### Die Aussperrungen.

Die Zahl der Aussperrungen steht im Jahre 1907 zu den insgesamt stattgefundenen Kämpfen in fast dem gleichen prozentualen Verhältnis wie 1906. Eine wesentliche Veränderung gegen das Vorjahr hat nicht stattgefunden. Gleich wie die übrigen Kämpfe, so haben auch die Aussperrungen in der Anzahl eine Verminderung erfahren. Es fanden statt 323 Aussperrungen gegen 421 im Jahre 1906, also eine Verminderung um 23,3 Proz. In welchem Maße sich das Verhältnis der Aussperrungen zu den gesamten Arbeitskämpfen in den Jahren 1900 bis 1907 entwickelt hat, darüber gibt nachfolgende Aufstellung Aufschluß.

Es haben stattgefunden:

Im Jahre	Arbeitskämpfe überhaupt	Davon waren Aussperrungen	Von 100 Lohnkämpfen waren Aussperrungen
1900	852	46	5,4
1901	727	35	4,8
1902	861	56	6,5
1903	1282	82	6,4
1904	1625	112	6,9
1905	2323	253	10,9
1906	3480	421	12,1
1907	2792	323	11,5

Wesentlich anders liegt es jedoch mit der Zahl der von den Aussperrungen betroffenen Personen. Während 1906 von den Aussperrungen 93356 Personen betroffen wurden, erstreckten sich 1907 die Aussperrungen auf 104738 Personen. Trotz der Abnahme der Aussperrungen hat sich die Zahl der Ausgesperrten um 11382 vermehrt. Im Jahre 1906 entfielen auf jede Aussperrung im Durchschnitt 222 Beteiligte, 1907 dagegen 324. An den Aussperrungen waren 37 Verbände beteiligt. Am schwersten betroffen von den Aussperrungen wurden die Verbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maurer und Schneider. Diese vier Verbände hatten allein 149 Aussperrungen mit 64644 daran Beteiligten zu bestehen. Für 103596 der Ausgesperrten konnte der Verlust an Arbeitszeit und der Ausfall an Verdienst festgestellt werden. Es betrug der Verlust an Arbeitszeit 2374772 Tage, der Ausfall an Verdienst 1172886 Mk. Die Gesamtausgabe für die Durchführung der Aussperrungen belief sich auf 6147079 Mark (1906: 5315079 Mk.), das sind 49,7 Prozent der insgesamt für die Kämpfe ausgegebenen Summe. Auf jeden Ausgesperrten entfiel durchschnittlich eine Unterstützungssumme von 58,69 Mk. (1906: 56,90 Mark), während der Anteil an den Gesamtausgaben für die Kämpfe insgesamt für jeden Beteiligten 43,99 Mk. beträgt.

Wie im Vorjahre, so ist auch im Jahre 1907 von den Unternehmern, sowohl absolut wie prozentual, die größte Zahl an Aussperrungen verhängt worden, nicht im Verlauf eines Angriff- oder Abwehrstreiks, sondern wegen Differenzen über Lohnhöhe und Arbeitszeit, ohne daß es wegen dieser Differenzen zu einem Streik der Arbeiter gekommen war. Dieses Gebaren zeigt so recht das rücksichtslose Vorgehen der Unternehmer. Die Zahl dieser Aussperrungen betrug 113 = 35 Proz. der gesamten Aussperrungen. An diesen Aussperrungen waren beteiligt 43165 Personen = 41,2 Proz. der Beteiligten insgesamt. In 41 Fällen versuchten die Unternehmer, Angriffstreiks der Arbeiter durch Aussperrungen zu entkräften, und wurden von diesen Aussperrungen 36022 Personen betroffen. In 13 Fällen, woran 10574 Personen beteiligt waren, wurde zu dem Mittel der Aussperrung gegriffen, um Arbeiter, die wegen Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Arbeitsniederlegung übergegangen waren, zur Aufgabe ihres Widerstandes zu zwingen. Dem Koalitionsraub mußten 35 Aussperrungen dienen, wovon 2122 Personen betroffen wurden, und wegen Feiern am 1. Mai wurden 25 Aussperrungen verhängt, die 3036 Personen in Mitleidenschaft zogen.

Von den gesamten Aussperrungen endeten für die Arbeiter mit vollem Erfolg 95 = 31,2 Proz., an diesem Erfolg beteiligt waren 19227 Personen = 18,4 Proz.; 109 Aussperrungen = 35,9 Proz. mit 46196 Beteiligten = 44,1 Proz. konnten mit einem teilweisen Erfolg beendet werden.

In den Jahren 1900 bis 1907 fanden 1328 Aussperrungen statt, von denen insgesamt 449187 Personen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die gesamten Aussperrungen verursachten eine Ausgabe von 20516948 Mk., das sind 37,4 Proz. der seit dem Jahre 1900 gemachten Ausgaben für die gesamten wirtschaftlichen Kämpfe.

Seitens der Unternehmer wird die alljährlich wiederkehrende rücksichtslose Brotlosmachung von Tausenden von Arbeitern durch das Mittel der Aussperrung als ein Korrelat gegenüber dem den Arbeitern gewährten Koalitions- und Streikrecht angesehen und in diesem Sinne verteidigt. Wir wollen uns auf eine Erörterung dieser Anschauung nicht einlassen. Es ist aber bezeichnend, daß das Unternehmertum, welches so häufig — bei passender und unpassender Gelegenheit — sein „Wohlwollen“ für die Arbeiter glaubt hervorheben zu müssen, rücksichtslos Arbeiter aussperrt, die an irgend welchen Arbeitskonflikten garnicht beteiligt sind, und zwar lediglich nur zu dem Zweck, um die Gewerkschaftsorganisation, welche bei einem Arbeitskampf grade in Betracht kommt, schwächen und widerstandsunfähig machen zu können. Ein solches Vorgehen findet in der gewerkschaftlichen Taktik kein Gegenstück. Hier beschränkt man sich nur darauf, den Kampf durch Arbeitsniederlegung gegen diejenigen Unternehmer zu führen, die an einem Arbeitskonflikt unmittelbar beteiligt sind.

Soviel steht jedoch fest: Die nun schon jahrelang betriebene Aussperrungsmanie des Unternehmertums zur Niederdrückung der Arbeiter und Zerrümmung ihrer Organisationen hat ihren Zweck vollständig verfehlt. Das Fiasko dieser Unternehmertaktik tritt immer greifbarer zutage. Wohl war es möglich, die Arbeiterschaft durch dieses Mittel bei einzelnen Kämpfen in ihrem Erfolg zu beeinträchtigen, aber der Arbeiterschaft im allgemeinen ist durch das Mittel der Aussperrungen in ihrem Aufwärtstreben kein Abbruch geschehen, und am allerwenigsten war es möglich, die Gewerkschaften zu zerrümmern oder in der Entwicklung zu hemmen. Im Gegenteil, man kann annehmen, daß die Aussperrungen das Klassenbewußtsein der Arbeiter gestärkt und förderlich auf die Entwicklung der Gewerkschaften eingewirkt haben. Das völlige Versagen des Mittels der Aussperrungen der Arbeiterbewegung gegenüber scheint nunmehr selbst dem aussperrungswütigsten Unternehmertum klar zu werden. Die durch geheucheltes Wohlwollen für das „Wohlergehen der Arbeiter“ und durch „sanfte Einwirkung“ auf abhängige oder willenlose Arbeiter seitens der Unternehmer zusammengebrachte gelbe Schutztruppe soll nun anscheinend das bezwecken, was man von den Aussperrungen vergeblich erhoffte. Eitle Hoffnung! — Auch dieser Wahn wird verrinnen vor dem unaufhaltsamen, ehernen Entwicklungsgang der modernen Arbeiterbewegung. C. Herrmann.

### Der Wurzeldruck.

Daß in den Pflanzen, speziell den Wurzeln ein Druck herrscht, ist ja bekannt. Wir wollen uns hier jedoch nur mit dem Wurzeldruck befassen.

Zuerst müssen wir fragen, wie entsteht der Wurzeldruck? Die Antwort lautet durch Osmose. Zur Erklärung dieses dient uns ein physikalisches Experiment. Wenn wir in einer U-förmig gebogenen Glasröhre den einen Schenkel mit wässriger Kupfervitriollösung, den andern Schenkel mit Wasser füllen, so werden dieselben nach einiger Zeit sich miteinander vermischen, dieses nennt man Diffusion. Trennen wir nun aber die Flüssigkeiten, durch Zwischenstellung einer porösen Tonwand, so wird zuerst mehr Wasser zur Kupferlösung dringen, dieses nennt man Osmose. Die Lösung erhält also einen Überdruck, das Endresultat ist aber auch hier völlige Vermischung.

Nun besteht die aufnehmende Wurzel aus lauter allseitig geschlossenen Zellen; diese enthalten einen ziemlich hoch konzentrierten Zellsaft, während das umgebende Lösungswasser nicht oder nur leicht konzentriert ist; es dringt nun also fortwährend Wasser durch die Zellwand ins Innere, so einen Überdruck erzielend. Wenn nun aber die umgebende Zellwand und Plasmaschlauch gleich der Tonwand im Experiment wären, so müßte schließlich auch wieder Lösung nach außen dringen; dieses ist aber nicht oder nur selten der Fall, also müssen die trennenden Wände verschieden sein. Prof. Pfeffer in Leipzig, unser bedeutendster Pflanzen-Physiologe, konstruierte nun eine Tonzelle, welche innen eine Niederschlagsmembran von Ferrocyanokupfer (Ferrocyanalkium und Kupfervitriol) enthielt; diese entsprach nun einer lebenden Zelle, indem die Tonzelle die leicht durchlässige Zellhaut vorstellte, die Niederschlagsmembran aber den Plasmaschlauch vorstellte. Wohl drängen die meisten gelösten Stoffe durch die Zellmembran, nicht aber durch den Plasmaschlauch. Um nun zu untersuchen, welche Stoffe für das Plasma durchlässig sind, können wir zweierlei Wege beschreiten. Erstens können wir feststellen, welche Stoffe von innen nach außen hindurchgehen; man nennt dies Exomose. Zweitens, welche Stoffe von außen nach innen hindurchgehen, man nennt dies Endomose. Die Untersuchung durch Exomose hat nun ihre Schwierigkeiten, indem die Wahl der Stoffe beschränkt ist, ebenso setzt sie die Kenntnis der chemischen Bestandteile des betreffenden Zellsaftes voraus, was nur in wenigen Fällen der Fall ist. Überdies konstatierte de Vries, daß eine Exomose sehr selten eintreten könnte. Bei Untersuchung durch Endomose ist dieses nun nicht der Fall, weshalb diese auch meistens angewandt wird. Wir haben jetzt eine junge Zelle aus dem Rindenparenchym der Blütenstiele von *Cephalaria leucantha* vor uns. Wir setzen dem Präparat einen Wassertropfen zu, die Zelle bleibt unverändert, jetzt setzen wir eine 4%ige Salpeterlösung zu, die Zelle ist merklich verkleinert; nun setzen wir eine 6%ige Salpeterlösung zu, die Zelle kann sich nicht mehr verkleinern, der Plasmaschlauch hebt sich von der Zellwand ab. Bei 10%iger Salpeterlösung zieht sich das Protoplasma zu einer Kugel zusammen. Dieses Abheben des Plasmaschlauhes nennt man Plasmolyse. Die gleiche Wirkung kann man mit einer andern Zelle und einer andern Lösung erzielen, wie man auch bei einer Zelle mit mehreren Lösungen den gleichen Erfolg hat, wenn nur die richtige Konzentration gewählt wird. De Vries stellte für die Zellen der roten Rübe eine Liste von Stoffen von gleicher osmotischer Wirkung auf: Rohrzucker 27 bis 28 Proz., Magnesiumsulfat 26 bis 28 Proz., Natriumsulfat 17 bis 18 Proz., Kaliumnitrat 6 bis 7 Prozent, Chlorkalium 4 bis 5 Proz., Chlornatrium 3 bis 4 Proz.

Die Plasmolyse beweist nun zweierlei, daß erstens die betreffende gelöste Substanz für das Protoplasma nicht durchlässig ist, zweitens daß das Plasma für Wasser leicht durchlässig ist, da durch die höhere Konzentration des gelösten Stoffes dem Zellsaft Wasser entzogen wird, welches durch den Plasmaschlauch wandern muß. Die Plasmolyse kann man auch zur Berechnung des Molekulargewichts benutzen, indem man die Wirkung eines unbekanntem mit einem bekannten Stoffe vergleicht, ebenso auch zur Berechnung des Drucks in der Zelle, doch gehe ich wegen Raumangel darüber hinweg. Der Druck in den Zellen kann 3 bis 20 Atmosphären betragen; man nennt diesen Druck auch Tugor. In Zellen mit aufgespeicherter Reservestoffen in fester Form hört der Tugor auf. Durch Plasmolyse stellte man fest, daß 1. Methyl-, Aethyl-, Allylalkohol sowie Aethyläther leicht eindringen, ebenso Chloralhydrat, Formaldehyd, Aceton, Sulfonal, Halogen-Kohlenwasserstoffe, neutrale Ester der anorganischen, teilweise auch der organischen Säuren. 2. Langsamer dringen ein Glycole sowie Amide einwertiger Säuren. 3. Noch langsamer Glycerin, Erythrit, Harnstoff. 4. Kaum merklich dringen ein sechswertige Alkohole, Hexosen, Amidosauren, Neutralsalze organischer Säuren.



Jahre vergangen) schließen wir, daß keinem der Einzelmitglieder ein Fragebogen vom H.-V. zugestellt worden ist.

Heute nach fast zehn Jahren erklärt der Geschäftsführer, daß eine Umfrage „geplant“ sei, um statistisches Material zu sammeln. (Warum so spät? Warum unterstützte man die von den Dresdenern unternommene Arbeit seinerzeit nicht?) Mit dieser Erklärung waren die „Bestennten“ zufrieden. Ein Beschluß, der den H.-V. dazu verpflichtet hätte, wurde vorsichtigerweise nicht gefaßt. Herr Gustedt kann sich auf seine Auserwählten verlassen, die glauben ihm alles, sogar, daß man eine Umfrage halten wird, weil sie geplant ist! — Wir glauben nicht daran! Haben wir doch schon erlebt, daß von G.-V. gefaßte Beschlüsse nicht ausgeführt wurden.

Und sollte wirklich in Erfüllung gehen, was geplant ist, so darf man heute schon annehmen, daß die Statistik genau das ergeben wird, was Herrn Gustedt erwünscht ist. Nämlich, daß die Familienversicherung undurchführbar ist, daß sie die Kasse zu sehr belastet, daß sie zuviel Arbeit verursacht.

Herr G. will die Familienversicherung nicht, mithin unterbleibt sie. Die Versammlung der „Bestennten“ war zufrieden mit der Erklärung, daß eine Umfrage geplant sei. Die nächste Versammlung, die vielleicht eine Versammlung von „Bezopften“ sein wird, wird, wenn wieder die stets Zuschuß erfordern Einzelmitglieder bei der Wahl ausschlaggebend sind, ebenso leicht zu überzeugen sein von dem, was der wohlweise H.-V. für gut befinden wird, ihnen klar zu machen. Sie wird ebenso wenig nach Erstattung des Geschäftsberichtes irgendwelche Fragen zu stellen haben wie dieses Mal. Dabei hätte man noch so mancherlei fragen können, sogar müssen. Zum Beispiel: Nach einer Abrechnung über den Sternbergfonds, über den Fahenbergfonds. Wieviel ist bei der veranstalteten Sammlung zu letzterem ausgegeben für Porto, Drucksachen u. dergl.? Von welchen Mitteln wurden die Rundschreiben, unterzeichnet von den Vorständen der Verwaltungsstellen Berlin u. a. — die lediglich zu dem Zweck verbreitet wurden, um die Kollegen A., M., S. zu verächtigen und als vertrauenswürdig zu bezeichnen — bezahlt? Aus welcher Kasse werden die Aufrufe für hilfsbedürftige Handlungsgärtner bezahlt? Wer streckte die Mittel vor zu den Jubiläumsschriften? Wie hoch war der Erlös aus dem Vertriebe derselben? Wo blieb der Überschuß? oder wer deckte das Defizit? Wie kommt die H.-K. dazu, das Porto für die Einsendung der Wahlzettel der Einzelmitglieder zu tragen? Warum werden durch das Drucken von zweierlei Wahlzetteln die Kosten der Wahl unnötig erhöht?

Auf keinen Fall haben die genannten Ausgaben mit der Verwaltung der Kasse etwas zu tun und sind, wenn sie von der Hauptkasse gemacht wurden, zu beanstanden. (Wir nehmen allerdings an, daß sich der H.-V. dazu berechtigt hält. Wir haben aber dokumentarische Beweise dafür, daß die um die Kasse so verdienten Herren vom H.-V. nicht immer genau wissen, was für Ausgaben aufgrund des Hilfskassengesetzes gemacht werden dürfen.) Keiner der „Bestennten“ frag nach alledem.

Eins ist sicher, viel ist auf dieser General-Vers. nicht herausgekommen. In dieser Zusammensetzung ist die G.-V. eine überflüssige Einrichtung. Dann wäre es besser, weil billiger, man überlasse alles dem H.-V. Bisher haben wir noch immer erlebt, daß, mit wenig Ausnahmen, nur die Anträge des H.-V. oder die demselben genehmen Anträge angenommen wurden. Die General-Versammlung degradiert sich dadurch zu einem bloßen Jasage-Automaten.

Aber so wird es bleiben, solange die von der Verwaltungstechnik einer Krankenkasse am allerwenigsten verstehenden Einzelmitglieder für die Zusammensetzung der G.-V. maßgebend sind; solange die große Masse derer, die den weitaus größten Teil der Beiträge aufbringt, es sich gefallen läßt, von der Verwaltung der Kasse vollständig ausgeschlossen zu werden. Solange wie man den Herren Handlungsgärtnern und gleichwertigen Elementen, die Geschäftsführung in den Verwaltungsstellen allein überläßt, wird unsre Krankenkasse eine Institution bleiben, die den reaktionärsten Betriebs- und Innungskassen so ähnlich sieht wie ein Ei dem andern. Dieser Zustand hat nachgrade lange genug gedauert. Es ist an der Zeit, andere herbeizuführen. Daher ist es Pflicht eines jeden Kassenmitgliedes, dem an einem weiteren Ausbau unsrer K.-Kasse gelegen ist, dafür zu sorgen, daß Männer in die Vorstände der Verwaltungsstellen gewählt werden, von denen man voraussetzen kann, daß die Kassenangelegenheiten unparteiisch erledigt werden. Dazu bieten die im Dezember abzuhaltenden Jahresversammlungen die erste Gelegenheit. M.

## Rundschau.

Berlin, den 24. November 1908.

Die Städte der preußischen Monarchie begingen vergangene Woche die „Hundertjahrfeier der Städteordnung“. Am 19. November 1808 wurde der von Freiherrn Karl von Stein vorbereitete und nun fertige Entwurf der Städteordnung für den gesamten Umfang der damaligen preußischen Monarchie als erstes der von Stein in Aussicht genommenen Organisationsgesetze vollzogen, und es erhielten damit die Stadtgemeinden das Recht der Selbstverwaltung. Preußens Macht war im Kampfe mit Napoleon I. jämmerlich zusammengebrochen. Die absolutistisch-bürokratische Verwaltung war unfähig geworden, sich noch weiter zu behaupten, was der Minister Freiherr von Stein am klarsten erkannte, der darum mit kühner Hand hineingriff und eine gründliche Umwandlung anbahnte. Wir haben über die (nicht bloß für Preußen) denkwürdige Zeit und die wichtigsten Vorgänge von 1808 schon einmal näher berichtet im Feuilleton der Nrn. 6 bis 10 d. Ztg. und verweisen auf das dort Gesagte.

Dem Festakt im Berliner Rathause wohnte u. a. das Kaiserpaar bei, das vom Oberbürgermeister Kirschner mit „allerhöflichstem Danke“ begrüßt und sonstigem untertänigem Phrasenschwall empfangen wurde. Die Festrede hielt der zweite Bürgermeister Dr. Reicke, dessen Rückgrat weniger gekrümmt war wie dasjenige seines oberen Kollegen. Dr. Reicke feierte in wohlgesetzten Worten das große Genie des Freiherrn von Stein, der „in wahrstem Sinne unser geistiger Städtebauer gewesen ist. Ich sage, mit Recht dürfen wir Stein einen großen Mann nennen, denn ich glaube: die Nachwelt ist es, der die Rolle zufällt, diesen Titel zu vergeben“. Über die Bedeutung der Selbstverwaltung, für die Stein den ersten festen Grundstein gelegt hat, sagte Dr. Reicke u. a.:

„Nicht, daß die städtischen Behörden von allerlei drückenden Fesseln staatlicher Aufsicht befreit wurden, nicht, daß der Bürgerschaft Rechte verliehen wurden, die sie bisher nicht besaß — nicht das gibt uns Anlaß zur Feier, sondern der Triumph eines Gedankens, der zum ersten Male in gesetzliche Paragraphen verkörpert, weit über den Rahmen des Gesetzes hinausreichte, der wie ein Sauerteig das ganze öffentliche Leben des Jahrhunderts in Bewegung versetzte, und der fortwirkend und fortbildend in Wahrheit die Keimzelle unsrer ganzen modernen Staatsverfassung geworden ist.“

Mit scheuer Bewunderung muß eine Zeit, die, wenn wir sie nach ihren Früchten beurteilen, kein Talent hat zur Gesetzgebung, zurückblicken zu einem Gesetz, welches solche geheime Lebenskraft atmet, daß ihm ein Jahrhundert nichts anhaben konnte, und es verlohnt wohl die Frage: „Worin besteht denn jene geheime Kraft, die solches Leben verleihen kann, welches war denn der Geist, der so schöpferisch wirkte?“ — Erst wenn wir uns die früheren Zustände mit ihren Abhängigkeiten usw. vergegenwärtigen, vermögen wir ganz zu ermessen, was es bedeutete, wie unerhört kühn und neu es war, wenn ein Stein den bösen Geist dieser Zeiten mit dem Glauben an eine Erweckung des Gemeinnsinns zu bannen versuchte, und wir beginnen zu begreifen, wie seine Zeitgenossen ihn bisweilen für einen Umstürzler und Revolutionär halten konnten. Er war es auch, aber nur, weil er sah, daß diese Städte in den Tagen der Not völlig versagt hatten, und weil er überzeugte war, das Heilmittel in Händen zu haben, das allein helfen konnte. . . .“

Reicke hatte soviel Mut, auch folgendes zu sagen und ein wenig zu unterstreichen:

„. . . Aber die Städteordnung sollte nur die Probe, nur der Prüfstein sein für das ganze System. Wenn sie sich dort bewährt habe, sollten Laienrepräsentanten überall eingeführt werden, von der untersten Stufe bis ganz hinauf, bei den Kreisen, in den Provinzen, bei den Regierungen und bei den höchsten Behörden.“ Das sei heute noch nicht verwirklicht. Eine behördliche Ängstlichkeit, die mit Bürokratie und Bevormundung Geschwisterkind ist, scheue noch immer davor zurück, die notwendige Freiheit zu geben.

Der Kaiser (oder vielmehr der König von Preußen; denn nur als solcher nahm er an der Feier teil) soll zu einigen Ausführungen Reickes „beifällig mit dem Kopfe genickt“ haben, wie einige Presseberichterstatte gesehen haben wollen, und sie legen solchem Nicken sogar Bedeutung bei. Wenn die überwältigende Mehrheit des Volkes den Willen zur Macht hätte, dann könnte es ihm gleichgültig sein, was für Kopfbewegungen sich da und dort vollziehen, dann würde es seinen Willen aus eigener Macht in Gesetzesformen gießen . . . . und die Freiheit und die Wohlfahrt aller zum obersten Gesetz

erheben. Aber es lebt heute ein feiges und serviles Geschlecht, das gar kein „Talent zu einer (zeitgemäßen) Gesetzgebung hat“. Der Wille und die Macht der Arbeiterschaft reicht noch nicht aus, um das Bürgertum — doch, schweigen wir davon.

Die Oberförsterei Rominten gehört, wie bekannt, zu den sogenannten „Hofjagdrevieren“, die nicht nach den Grundsätzen einer ordnungsmäßigen, wissenschaftlichen Anforderungen entsprechenden Forstwirtschaft, sondern nur dem Gesichtspunkt nach verwaltet werden, daß sich die Jagdliebhabe des Kaisers so viel als nur möglich betätigen kann. Infolgedessen erzielte die genannte Oberförsterei nach einer dem „Berl. Tagebl.“ zugegangenen Mitteilung im jüngsten Rechnungsjahre einen Fehlbetrag von 14,31 Mark auf den Hektar. Dieser Abschluß war um 28,12 Mark schlechter, als derjenige der übrigen Oberförstereien des Regierungsbezirks Gumbinnen, da dieser auf den Hektar 13,81 Mark Reingewinn brachte. Der preußische Staat hat dank dem kaiserlichen Jagdbetrieb allein an der Oberförsterei Rominten einen Verlust von 160 000 Mark: ein Betrag, mit dem den schlechtbezahlten Forstunterbeamten schon leidlich geholfen wäre. Eine ganze Reihe anderer preußischer Oberförstereien zeigen ein ähnliches Bild . . . .

Übrigens sei hier mit erwähnt, daß jenes Wirtschaftsergebnis trotz billigster Arbeitskräfte erzielt wurde. Man wird sich hoffentlich noch erinnern, daß eine Waldpartie in Rominten von den Pionieren des Pionierbataillons Fürst Radziwill in Königsberg zu einem Naturpark umgeändert worden ist. Vergl.: Allg. D. Ztg. 1908 S. 317.

Die Parkarbeiter der Stadt Berlin haben neue Ursache zur Unzufriedenheit. Seit 1906 ist die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt worden, damit zugleich aber auch die Stundenlohnung anstelle des Tage- bzw. Wochenlohnes. Hierdurch erfolgt während der Winterzeit eine beträchtliche Kürzung der Löhne, weil eben nur die geleisteten Arbeitsstunden bezahlt werden und deren Zahl oft soweit herabgedrückt wird, daß der Lohn für eine ganze Woche bis auf 15, 11, ja sogar auf 8 Mark sinkt. Invaliden- und Altersrentenempfänger soll sogar der Betrag dieser Rente noch in Abzug gebracht werden. Gegen diese Mißstände nahm am 17. November eine Versammlung Stellung. Es wird eine Remedur gefordert, wie sie der Reichshauptstadt würdig ist.

Für die Gärtner bei der Stadt Nürnberg fordert eine Eingabe die Festsetzung eines Tageslohnes von 4,50 Mk. im Mindest- und 5,50 Mk. im Höchstsatz. Für Gartenarbeiter wird 3,50 Mk. bzw. 4,50 Mk. gefordert.

Einen bemerkenswerten Beitrag zur Sonntagsruhefrage in Blumengeschäften liefert folgende durchgefochene Rechtsstreitsache: Nach § 105c Ziffer 4 der Gewerbeordnung ist es gestattet, auch zur Zeit der Sonntagsruhe Arbeiten vorzunehmen, die unbedingt nötig sind, um das Verderben von Materialien zu verhüten. In der Sylvesternacht von 12 bis 6 Uhr morgens, ferner zur Zeit des Hauptgottesdienstes an den beiden Weihnachtstagen und am Neujahrsorgen hatte der Kaufmann Otto Bütschly, Prokurist der Firma A. Müller Sohn in Frankfurt a. M., Blumenbinderinnen arbeiten lassen. Gegen den Strafbefehl, den er deshalb erhielt, erhob Bütschly Einspruch, und er wurde vom Schöffengericht freigesprochen. Der Staatsanwalt legte Berufung ein und Bütschly wurde von der Strafkammer wegen Vergehens gegen § 105 der Gewerbeordnung zu 60 Mk. Geldstrafe verurteilt. Er hätte, so sagte das Gericht, an den Feiertagen die Arbeitseinteilung anders vornehmen müssen, jedenfalls aber die Mädchen lieber an den Nachmittagen als zur Zeit des Gottesdienstes beschäftigen sollen. Der Verurteilte legte Revision ein und erwirkte beim Oberlandesgericht Aufhebung und Überweisung an die Vorinstanz. Es sei zu prüfen, ob nicht die Zeit des Gottesdienstes trotz aller Arbeitseinteilung zur Erledigung der Arbeiten nötig sei. In der neuen Verhandlung vor der Strafkammer erklärte Bütschly, daß zu den Feiertagen für 30 000 Mk. Blumen aus dem Süden, besonders aus Nizza, eintreffen, die unbedingt verarbeitet und zurichtgemacht werden müssen, da sie sonst verderben. Der als Sachverständiger vernommene Blumenhändler und Gärtner Fleisch bestätigte, daß die Behandlung der Blumen sofort vorzunehmen sei. Das Gericht kam deshalb zur Freisprechung und wies sämtliche Kosten der Staatskasse zu. — Wenn dieses Prozeßergebnis allgemein der Praxis nutzbar gemacht würde, bliebe am Ende überhaupt kein Gesetzesschutz mehr übrig.

Der Verband der Handelsgärtner Deutschlands beruft seine nächstjährige Hauptversammlung zum 25. bis 27. Februar nach Berlin ein.



★ ★ Anzeigen-Teil. ★ ★

Die viermal gespaltene Petitzeile oder deren Raum kostet 30 Pfg.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Dienstags früh.

Für den Anzeigenteil übernimmt die Redaktion nur die gesetzliche Verantwortung.

Bei Bestellungen berufe man sich stets auf diese Zeitung.

Gehilfen,

die gesicherte Lebensstellung und zeitgemässe, alle Zweige der Gärtnerei umfassende gründliche (192 A+)

wissenschaftliche Fach-Ansbildung erstreben, finden zum nächst. Kursus Aufnahme unter günstigen Bedingungen an der Thüringischen

- Gärtner-Lehranstalt Kitzlitz, der stärkst besuchten höheren Fachschule für Gärtner. I. Kursus für Gehilfen. II. Kursus für Berechtig. z. 1jähr. freiwilligen Dienst. III. Kursus f. Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner. IV. Kursus f. Obstbautechniker. Prospekt u. Auskunft kostenfrei durch Direktor Dr. H. Settegast.

Die

Gutsgärtner-Stelle

ist besetzt.

Rittergut Neukammer

bei Nauen (Osthavelland).

17 bis 18 Stück geschulte Linden

sind verkäuflich. [986/48] W. Brandenburg, Gastwirt, Falkenhagen b. Seegefeld.

Am Bahnhof Neugarten der Berlin-Lehrer Bahn, in der Nähe des Döberitzer Übungsplatzes sowie des neu angelegten großen Berliner Rangierbahnhofes, Kreuzpunkt der Nauen-Ketziner und Brandenburger Bahn, wo in kürzerer Zeit auch Vorortverkehr Berlin geplant ist, sind [951/52]

mehrere hundert Morgen Acker,

welche sich vorzüglich zu Gärtnereien eignen, preiswert unter günstigen Bedingungen zu verk. Näheres auf dem Rittergut Markau (Osthavelland).

Für 1. Februar ein in Landschafts- u. Gemüsebau durch- Gärtner gesucht. aus erfahrener Derselbe muß die Zentralheizung mit besorgen. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften zu richten an Kommerzienrat Friedr. Wm. Boelling, (993/51) Barmen, Kohlenstr. 65.

Blumenladen mit Zimmer

i. w. seit Jahren schwinghafter Blumenladen betrieben worden ist, Umstände halber sofort zu vermieten.

Näheres Portier, Charlottenburg, (994) Mommsenstr. 43.

S. Kunde & Sohn Dresden Dresden-A. 38, Kipsdorferstr. 106. - Gegründet 1787. - Spezialfabrik für Gartenwerkzeuge. Bekannte hochfeine Qualität, solid und zuverlässig. Über tausend vorzügliche Anerkennungen aus neuerer und neuester Zeit können vorgelegt werden. - Hauptkatalog stets kostenlos!

Garantiert bester Erfolg! Obstbaumkarbolinum Brunonia

in unübertroffener Qualität, mit Wasser schneeweiß emulgierend,

unterdrückt den Beginn und das Umsichgreifen der vielen verderblichen Krankheiten an Bäumen, Sträuchern, Blumen, Stauden, Spurgeln und Erdfrüchten durch Heilung der Krebswunden und absolute Vertilgung aller gefährlichen Insekten, aller tierischen Schädlinge und pilzartigen Schmarotzer an Obstbäumen und Pflanzen. - Fässer von ca. 200 kg, Blechkannen von 25 und 50 kg, pr. 100 kg netto excl., Postkannen von 5 kg brutto ab Braunschweig gegen Nachnahme.

Gebrauchsanweisungen gratis! Vor minderwertigen Marken wird gewarnt! (981/48) Theerproduktenfabrik Baese & Meyer, Braunschweig.

Jagdgewehre aller Art, sowie Scheibenbüchsen, Teschins, Luftgewehre, Revolver, Pistolen, Munition, Utensilien, Raubtierfallen etc. erhalten Sie am besten und billigsten unter 5 jähriger Garantie bei der Gewehrfabrik H. Burgsmüller & Söhne 439 Kreiensen Harz. Hauptkatalog, der reichhaltigste und interessanteste der Waffenbranche, an jedermann umsonst, portofrei und ohne Kaufzwang. (778/51)

Prämiert Gartenbau-Ausstellung Leipzig 1904 und Chemnitz 1905. Bereits in über 2500 Gärtnereien im Gebrauch. [988/52] Der praktischste und billigste Heizapparat Petroleum - Gas. Heiz - Effekt 700° C. Unentbehrlich für jeden Gärtner, Erzeugt sofort die nötige Wärme. Ganz geringer Petroleumverbrauch. Absolut rauch- und geruchfrei. Beansprucht keine Bedienung. - Leicht transportabel. - Grösse nur 40 cm. - Ermöglicht die Aufstellung an jedem gewünschten Ort, auch als Zimmerheizofen. - Preis 16 Mark. - Versand per Post franko gegen Nachnahme oder vorherige Kasse. Schreiber & Co. Dresden-A., Mittelstraße 18. Spezialfabrik für Heiz- und Kochapparate.

Verkehrs-Lokale für Gärtner. (In dieser Rubrik kostet ein zweizeiliges Inserat pro Vierteljahr 2,50 Mk. (vorauszubehalten). Dafür erhalten die Inserenten regelmässig ein Exemplar der Zeitung zum Aushängen in ihrem Lokal.) Barmen, Rest. Hildebrandt, Unterbarmen, Alleenstr. 42. Lok. d. Ortsv. Barmen-Elberfeld. (728) Barmen, Rest. Alb. Vogel, Gr. Flurstr. 7. Verkehrslokal der Filiale Barmen. (729) Berlin N., Weissenburgerstr. 67. Verkehrslokal, Herbergs. Stellenausgabe: 11-12 Uhr ebenda. (763) Berlin W., Vorbergstr. 9, Lud. Krüger Nachf., Vereinslokal. Gute Speisen. Versammlung jeden Freitag vor dem 15. (780) Blankensee, Rest. Bernh. David, Dockenhuden, Bahnhofstr. Vers. So. n. 1. u. 15. (731) Braunschweig, Schuppenstedterstr. 3, Zum schwarzen Ross, Verkehrs-, Vsl. jed. Sbd. (766) Charlottenburg, Sophie Charlottenstr. 22, Restaurant Wilhelm Riedel, grosser Mittagstisch, Gärtnerverkehr. (788) Charlottenburg, Bismarckstr. 38, b. W. Ehrhardt, Vers. Freitag n. 1. u. 15. Verkehrs-, Mittagstisch. (765) Chemnitz, Rest. J. Matters, untere Hainstr. 7, Versammlung nach Bedarf. Arbeitsnachweis: Witte, Clausstr. 53 I. (761) Köln a. Rh., Rest. A. Binsfeld, Weyerstr. 112. Vers. Samstag n. d. 1. u. 15.; daselbst Stellennachweis u. Unterstützung. (761) Dresden-A., Ritzbergstr. 2 und Marxstr. 13, 'Drosdener Volkhaus', Verkehrslokal u. Herberge. Dortmund, Ostwall 17, Zum Bienenhaus, Inh. Menteler, Verkehrslokal, Herb. u. Stellenn. Versg. Samstag nach dem 1. und 15. (734) Düsseldorf, Fingerstr. 40-42, Zum gold. Schellfisch, W. Düllberg, gute Küche und Logis, zivile Preise (785) Elberfeld, Volkshaus Hombüchlerstr., Versg. jeden 4. Samstag im Monat. Verkehrslokal der Filiale Elberfeld. (786) Eschersheim, 'Zur schönen Aussicht', Jakob Heyer, Vereinslokal. (737) Essen-Ruhr, Restaur. Bürgerhalle, Rottstr. 19, Velgn. alle 14 Tage Samstags. (765) Frankfurt a. M., Schlesinger Eck, Gr. Gallusgasse 2, Zentralverkehr der Gärtner Frankfurts, jeden Samstag Versammlung. (738) Frankfurt a. M.-Nordend, Restaurant Wilh. Fritsch, Eckenheimerlandstr. 126, Versammlung Freitag nach dem 1. und 15. (739) Hamburg, Rest. Kling, Drehbahn 48, Arbeitsnachweis von 10-12 Uhr. (744) Hannover, Haller's Gasthaus, Bockstr. 11. Koll. sind jeden Tag zu treffen. (745) Hamburg-Hoheluft, M. Lewerenz, Wrangelstrasse 64, Verkehrslokal der Gärtner Hoheluft, Versammlung 1. u. 3. Dienstag i. M. (743) Leipzig, Müngasse 7, Gärtnerheim, Verkehrslokal, Herberge u. Stellennachweis. (746) Lübeck, Rest. Martin Nielsen, Kl. Burgstr. 25, Verkehrslokal u. Nachtlogis. Gute Speisen. (747) Magdeburg, Knochenbäuerufer-Strasse 27-28, Eingang Packhof-Strasse, 1 Treppe, Vereinslokal, Zentralherb.: Kleine Klosterstr. (748) Mannheim H. 3, 3, Wagner, Restaur. Prinz Max, Vereinslokal des Zweigvereins. (749) Mülhausen im Elsass, Wirtschaft zur Insula, Klostergasse 18. (737) München, Rest. Högerbräu, Thal 75, Zentralverkehr der Gärtner und Herberge. Versammlung jeden vierten Samstag im Monat. (750) Nieder-Schönhausen, Restaur. Ludwig, Kaiser Wilhelmstrasse 5, Vereinslokal. (751) Osnabrück, Gastwirtschaft Osnabrücker Hof, J. Gerritz, Verkehrslokal u. Nachtlogis. (762) Pankow bei Berlin, Pankower Gesellschafts- haus Paul Rozycki, Kreuzstr. 3-4, Vereinslokal des Zweigvereins. (752) Remscheid, Rest. Arnold Trisch, Bismarckstr. 18 Auch Herberge. (753) Solingen, Restaurant A. Nippel, Wupperstr. 41, Zweigvereins-Lokal. (768) Steglitz, Verkehrslokal bei Warendorf, Steglitzer Gewerkschaftshaus, Schloss-Strasse 117, Versg. Donnerstags n. 1. u. 15. (756) Stellingen b. Hamburg, A. Lange's Klub- und Ballhaus, Kielerstr. 211. (787) Stuttgart, Gewerkschafts-Haus, Esslinger Str. Nr. 17-19, Stellennachweis: Städt. Arbeitsamt. Seehof b. Teltow, Rest. Waldschlösschen, Vereinsl., Koll. jeden Mittag zu treffen. (758) Wandsbeck, Lübecker Str. 55, W. Jeenicke, Wandsbecker Gesellschaftshaus, Logis pro Nacht 50 Pf. (759) Weissensee, Restaur. Aug. Reimann, Wörtrastrasse 23. Für gute Speisen und Getränke bestens gesorgt. (764) Wiesbaden, Gewerkschaftshaus, Wellritzstr. 41, Vereinsl. Unterst.: Weimelt, Metzgergasse 20, II 12-1 und 7-8 Uhr). (769) Zürich, Hinterer goldener Stern, Bellevueplatz Versammli. 14 tiglich Sonnabends. (769)